

Sehr geehrte Gemeindevertreter*innen,

wir schätzen Ihre Arbeit sehr und bringen uns in diversen Ausschüssen als Anwohner*innen immer wieder ein. Laut einer Beschlussvorlage von DieLinke, soll der ONUTGV-Ausschuss aufgelöst und seine Themenbereiche vom BOW-Ausschuss behandelt werden. Das halten wir für einen Rückschritt und kritisieren dies. Deshalb bitten wir Sie nachdrücklich, **GEGEN diese Beschlussvorlage zu stimmen**.

Die bisherige Aufteilung, dass jedem Amtsbereich der Verwaltung (Kämmerei - Finanzen / Bauamt - BOW / Ordnungsamt - ONUTGV / Amt für Familie, Bildung und Kultur - SJKS) ein Ausschuss zugeordnet ist, halten wir für eine sehr gute Lösung. Die Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung regelt parallel die Zuständigkeit innerhalb der Ausschüsse. Dies ist allgemein aus unserer Sicht nicht nur schlüssig und sinnvoll, sondern verhindert auch, dass zeitliche und inhaltliche Ausuferungen der Ausschusssitzungen.

Nicht selten beträgt die Sitzungsdauer der einzelnen Ausschusssitzungen weit mehr als zwei Stunden. Da sehen wir kein Potential, dass ein Ausschuss noch zusätzliche Themen behandeln kann. Auch für die einzelnen Ausschussmitglieder wäre es eine enorme Belastung, sich in so viele Themenfelder einzuarbeiten. Die Anwohner*innen mit Interesse am Verfolgen der Sitzungen, würden förmlich zu späten TO-Punkten ausgeladen wirken (sein).

Die Gemeinde hat, durch die Teslaansiedlung in einem enormen Umfang, diverse Entwicklungen, besonders in Bezug auf infrastrukturelle Entwicklungen und Umwelt, zu diskutieren und zu beschließen. Eine Reduzierung der Ausschüsse, würde zur Folge haben, dass zahlreiche Themen (Verkehr und Umwelt im Besonderen), viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt würde.

Je nachdem, wer den Vorsitz des neu gebildeten Ausschusses übernimmt, sehen wir einen Interessenkonflikt, wenn zum Beispiel ein*e Ortsvorsteher*in gleichzeitig den Vorsitz eines Ausschusses übernimmt. Sie/Er entscheidet über die Tagesordnung und übernimmt die Sitzungsleitung. Das Thema Ortsentwicklung spielte im gesamten Jahr kaum eine Rolle. Daran sind aber die Einwohner*innen vor allem interessiert. Welche Infrastruktur wird wo geschaffen? Wie und wo werden Straßen gebaut? Wie wird umgeleitet bei Bauvorhaben? u.v.a.m. sind Fragen, die die Bürger, Ihre WählerInnen, bewegen. Und nicht nur das. Auch das Umweltthema weist zahlreiche Unterthemen auf. Wie wird Tesla kontrolliert, was wird mit dem Klärwerk, wie wird eingeleitet, wer kontrolliert die Werte, wie bringt sich die Gemeinde in das Thema Gefahrenschutz ein, um nur einige zu nennen. Nun soll sich der BOW noch **zusätzlich** um Ordnung, Natur- und Umweltschutz, Tourismus, Gewerbe und Verkehr kümmern. Das wäre unschaffbar, wenn man den Anspruch hat, alles gut und sinnvoll abzuwägen und Entscheidungen zum Wohle aller zu treffen. Es kann und darf nicht sein, dass bei einer solch immensen Steigerung der Aufgaben in Fülle und Tragweite für alle Ausschüsse diese auch noch zusammengeschrumpft werden. Eine netzwerkartige Zusammenarbeit der Ausschüsse ist gut etabliert.

Daher bitten wir Sie, nein wir möchten Sie dazu auffordern: **Stimmen Sie gegen diese Beschlussvorlage!**

Bei Fragen können Sie uns gerne kontaktieren: igfreienbrink@gmail.com

IG Freienbrink

